

Vorlagennummer: 0133/2026
Vorlageart: Vorschlag zur Tagesordnung
Status: öffentlich

Antrag der Fraktion BfHo/Die PARTEI

Hier: Schutz von Kindern und Jugendlichen vor Missbrauch im Internet

Eingereicht am:
Gestellt von:

Beratungsfolge

Gremium	Geplante Sitzungstermine	Öffentlichkeitsstatus
Jugendhilfeausschuss (Entscheidung)	04.03.2026	Ö

Beschlussvorschlag

Die Verwaltung wird gebeten, in einem aktuellen Sachstandsbericht darzustellen, welche Maßnahmen die Stadt Hagen zum Schutz von Kindern und Jugendlichen vor Missbrauch im Internet ergreift. Dabei soll unter anderem erläutert werden, ob es diesbezüglich städtische Angebote an Schulen oder in Jugendeinrichtungen gibt und welche Beratungsmöglichkeiten die freien Träger der Jugendhilfe in Hagen bereitstellen.

Sachverhalt

Aktuelle Studien wie der Jahresbericht des Kompetenzzentrums jugendschutz.net verdeutlichen, dass Kinder und Jugendliche immer häufiger Opfer von sexueller Ausbeutung, Cybermobbing, Love-Scam und anderen Formen von Missbrauch und Manipulation im Internet werden. Besonders in den sozialen Netzwerken und in Videospielen konfrontieren kriminelle Einzeltäter und organisierte Gruppen viele Kinder und Jugendliche mit Hassinhalten und sexualisierter Gewalt. Die Folgen sind Bloßstellung, Drohungen, Erpressung, Gewalt, Stalking und im schlimmsten Falle sogar Mord und Suizid. Die Verwaltung wird deshalb gebeten, darzustellen, welche Maßnahmen in Hagen ergriffen werden, um diesem besorgniserregenden Trend entgegenzuwirken.

Anlage/n

1 - Antrag Schutz vor Missbrauch im Internet (öffentlich)

Ratsfraktion
Bürger für Hohenlimburg / Die PARTEI Hagen
Rathausstraße 11
58095 Hagen
☎ 02331-207 4338/4336



BfHo
Die PARTEI



Frau Anja Engelhardt
Vorsitzende des Jugendhilfeausschusses
Im Hause

Hagen, den 20. Februar 2026

Sehr geehrte Frau Engelhardt,

die Ratsfraktion Bürger für Hohenlimburg / Die PARTEI Hagen bittet Sie, folgenden Antrag gemäß § 6 (1) der Geschäftsordnung auf die Tagesordnung der Sitzung des Jugendhilfeausschusses am Mittwoch, 4. März 2026, zu setzen.

Schutz von Kindern und Jugendlichen vor Missbrauch im Internet

Beschlussvorschlag: Die Verwaltung wird gebeten, in einem aktuellen Sachstandsbericht darzustellen, welche Maßnahmen die Stadt Hagen zum Schutz von Kindern und Jugendlichen vor Missbrauch im Internet ergreift. Dabei soll unter anderem erläutert werden, ob es diesbezüglich städtische Angebote an Schulen oder in Jugendeinrichtungen gibt und welche Beratungsmöglichkeiten die freien Träger der Jugendhilfe in Hagen bereitstellen.

Begründung: Aktuelle Studien wie der Jahresbericht des Kompetenzzentrums jugendschutz.net verdeutlichen, dass Kinder und Jugendliche immer häufiger Opfer von sexueller Ausbeutung, Cybermobbing, Love-Scam und anderen Formen von Missbrauch und Manipulation im Internet werden. Besonders in den sozialen Netzwerken und in Videospielen konfrontieren kriminelle Einzeltäter und organisierte Gruppen viele Kinder und Jugendliche mit Hassinhalten und sexualisierter Gewalt. Die Folgen sind Bloßstellung, Drohungen, Erpressung, Gewalt, Stalking und im schlimmsten Falle sogar Mord und Suizid. Die Verwaltung wird deshalb gebeten, darzustellen, welche Maßnahmen in Hagen ergriffen werden, um diesem besorgniserregenden Trend entgegenzuwirken.

Mit freundlichen Grüßen

Alexander Manthey

Sprecher der Fraktion Bürger für Hohenlimburg/Die PARTEI
im Jugendhilfeausschuss der Stadt Hagen